

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 03.02.2009 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:11

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop

Vertretung für Stv. Harald Giebels

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfsperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

Vertretung für Stv. Friedhelm Kohl

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Andreas Rehm

UWG-Fraktion

Stv. Veli Malovic

bis TOP 14

Verwaltung

Beigeordnete/r Matthias Buckesfeld
Herr Dan Dragoi
Herr Bernd Duske
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Michael Rennert
Herr Wilhelm Terhardt

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Gäste

Herr Ralph von der Kluse

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm. vom Bover nimmt den TOP 6 von der Tagesordnung. Dieser sei nach Beschlussfassung im PIUVA abschließend beraten worden.

1./ Bürgerantrag: Bau von durchgehenden Fahrradwegen auf verschiedenen Strecken Vorlage: 10/018/2009

Protokoll:

Stv. Pohler möchte diesen Bürgerantrag im PIUVA beraten lassen. Zu dieser Beratung möge die Verwaltung das Radwegekonzept der Stadt beifügen und zur Diskussion freigeben.

Stv. Drennhaus bittet zu diesem Zeitpunkt auch um eine inhaltliche Stellungnahme der Verwaltung zum Bürgerantrag.

Bgo. Buckesfeld sagt dies zu und erinnert an die Vereinbarung von Verwaltung und Politik, in 2009 alle Einzelanträge in Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan zu beraten.

Einvernehmlich wird der Bürgerantrag zur Beratung an den PIUVA verwiesen.

2./ Bürgerantrag: Gasversorgung Hildener Bürger durch die Stadtwerke Haan Vorlage: 10/019/2009

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf die schriftlich vorliegende Stellungnahme des Herrn Chemelli, Geschäftsführer der Stadtwerke Haan, die er dem Antragsteller vor Sitzungsbeginn ausgehändigt habe.

Stv. Drennhaus erklärt, die Stellungnahme des Herrn Chemelli sei überzeugend, die Durchleitungskosten durch fremde Netze für die Stadtwerke Haan zu hoch und somit nicht lukrativ.

Einvernehmlich wird der Bürgerantrag abgewiesen.

**3./ Auswirkungen des Verkaufs der städtischen Regenüberlauf- / Regenrückhaltebecken an den Bergisch-Rheinischen Wasserverband (BRW)
Vorlage: 60/001/2008/1**

Protokoll:

Bgo. Buckesfeld verweist auf die Tischvorlage.

Stv. Braun-Kohl bedankt sich bei der Verwaltung für die dezidierte Ausarbeitung und erklärt, die CDU-Fraktion habe nun keine Vorbehalte gegen einen Behalt der RÜB /RRB mehr.

Stv. Drennhaus weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion schon zu Beginn der Beratungen erkannt habe, dass der Stadt durch einen evtl. Verkauf keine Vorteile entstünden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Eine Eigentumsübertragung städt. Regenüberlauf- oder Regenrückhaltebecken an den BRW vor Ablauf der jeweiligen, objektbezogenen Abschreibungszeiträume erfolgt nicht.“

4./ Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

- Zielvereinbarung zwischen den Behindertenvertretern und der Stadt Haan zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen
 - Barrierefreiheit (Beteiligung der/des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten)
 - Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 06.11.2008
- Vorlage: 51/016/2009
-

Protokoll:

Bgo. Formella erläutert die Vorlage und die Beratungen im vergangenen Sozialausschuss. Sie wünscht sich einen gemeinsamen Prozess zwischen Politik und Verwaltung, der zeitnah durchzuführen sei.

Stv. Pohler möchte die Zielvereinbarung schnell mit Leben füllen. Besonders wichtig sei die Realisierung der Barrierefreiheit verschiedener Objekte und deren entsprechende Publizierung auch durch den Behindertenbeauftragten.

Bgm. vom Bover bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die Stahlgitter, die noch im Umfeld des Haaner Bahnhofes aufgebaut seien, Ende Februar entfernt würden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen eine gemeinsame Zielvereinbarung mit dem Behindertenbeauftragten und den Gruppierungen für Behinderte nach § 7 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Haan vom 04.12.2006 zu verhandeln und nach Vorberatung im Sozialausschuss dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

-
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Behindertenbeauftragten alle relevanten Bauplanungen (Bebauungspläne, Verkehrsplanungen, Bauvorhaben / Bauanträge der Stadt Haan) in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen, damit dieser die Planungen auf ihre Barrierefreiheit prüfen kann.

Gegebenenfalls reicht eine schriftliche Bestätigung des zuständigen Amtes über die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften zur Barrierefreiheit aus. In Zweifelsfragen hat der zuständige Ausschuss auf Antrag des Behindertenbeauftragten zu entscheiden.“

5./ Behindertenführer
- Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 06.11.2008
Vorlage: 51/017/2009

Protokoll:

Bgo. Formella wird sich für eine zeitnahe Umsetzung der Erstellung einsetzen. Dabei werde besonderes Augenmerk auf die Nutzung der neuen Medien gelegt. Sie weist daraufhin, dass im Sozialamt für diese Aufgaben keine personellen Ressourcen zur Verfügung stünden. Eine Stelle / Kraft, die sich um die Themenbereiche Behindertenführer, Seniorenbeirat, Integration bzw. Migration kümmere, fehle. Hierzu kündigt sie für die nächste Sitzung des Arbeitskreises Personal eine intensive Diskussion im Rahmen des Stellenplanentwurfs 2009 an.

Stv. Malovic möchte der Verwaltung diese Stellen- / Personalressource zur Verfügung stellen, um diese wichtigen Aufgaben für die Stadt erfüllen zu können.

Stv. Stracke macht darauf aufmerksam, dass viele Behinderte die neuen Medien gar nicht nutzen könnten, den Behindertenführer gelte es demgemäß auch in einer höheren Anzahl an Papierexemplaren herzustellen. Die SPD-Fraktion beobachte schon längere Zeit die hohe Personalfluktuaton im Jugend- und Sozialamt mit einem ungu-ten Gefühl. Auch er unterstütze in diesem Fall den Verwaltungswunsch nach weite-rem Personal, regt aber an, über eine größere Anzahl unbefristeter Verträge nachzu-denken, da nur diese wirklich attraktiv für die Bewerber seien.

Bgm. vom Bovert bietet an, die immerwährende Problematik bei der Befristung von Arbeitsverträgen im Rahmen der Stellenplanberatungen zu diskutieren.

Stv. Ruppert wünscht dem Verfasser des Behindertenführers eine glückliche Hand, schließlich seien viele verschiedene denkbare Formen von Behinderungen darin ab-zudecken und zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur verbesserten Information von und für Behinderte einen Behindertenführer für Haan zu erstellen.“

6./ 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 95 "Bahnhofstraße/Wilhelmstraße"
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB;
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/018/2009

Protokoll:

Stv. Drennhaus signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion, die den Bebauungsplan den geänderten Bedingungen anpassen möchte.

Stv. Ruppert betont, durch den geänderten Bebauungsplan könne eine städtebaulich unerwünschte Entwicklung verhindert werden. Daher werde auch die FDP-Fraktion der Änderung zustimmen.

Stv. Lemke bekundet für die CDU-Fraktion die Ablehnung der Änderung, da weder Standort noch Umsetzungskonzept überzeugen könne.

Stv. Stracke kritisiert das destruktive Verhalten der CDU in den Ausschüssen. Die demographische Entwicklung werde auch Haan betreffen. Es liege daher ein deutlicher Bedarf für Altenpflegeheime bzw. Altenwohnheime vor. Er fragt, wo diese Menschen nach Meinung der CDU untergebracht werden sollen.

Stv. Braun-Kohl stellt klar, die CDU-Fraktion habe sehr wohl den Bedarf erkannt, doch glaube die CDU nicht an eine qualitativ gute Ausführung an diesem Standort, weil das Grundstück viel zu klein sei. Demenzkranke dürften nicht eingeschlossen werden, sondern bräuchten ein großes Gelände.

Stv. Sack fragt sich, warum das Thema überhaupt im Sozialausschuss behandelt worden wäre, wenn das Thema dort nicht hinreichend besprochen werden konnte. Auch er finde das Konzept des Investors keinesfalls schlüssig und fügt das Thema der fehlenden Parkplätze hinzu.

Stv. Pohler meint, durch die verkehrsgünstige Lage in Bahnhofsnähe, sei es Personal, Bewohnern und Angehörigen problemlos möglich den ÖPNV zu benutzen. Die sachgerechte Bewertung der Demenz-Krankheit sei aus seiner Sicht von diesem Ausschuss nicht zu leisten.

Stv. Stracke fügt hinzu, die baurechtlichen Fragen seien kein Thema für den Sozialausschuss und daher dort auch nicht behandelt worden. Zum inhaltlichen Konzept sei der Investor ausreichend zu Wort gekommen. Man dürfe diese Menschen mit ihrer Einrichtung nicht an den Stadtrand drängen.

Stv. Malovic warnt vor hektischen Schnellschüssen, nur weil sich zufällig ein Investor für das Objekt interessiere. Standort und Konzept seien sorgfältig zu überdenken.

Stv. Ruppert ist der Ansicht, der HFA solle nicht in den lenkenden Wettbewerb von Investoren eingreifen.

Stv. Braun-Kohl erinnert an die neue Gesetzeslage, nach der Pflegeheime nicht mehr wie Krankenhäuser geführt werden sollen. Der Trend solle zur individuellen, persönlichen Atmosphäre der Einrichtungen gehen. Der PIUVA habe sehr wohl Lenkungscompetenz zur Füllung von Baulücken im Stadtgebiet. Diese Pflegeheime alter Bauweise stehen in den umliegenden Städten zu großen Teilen leer.

Stv. Drennhaus bekräftigt, in Haan gebe es keine Vielfalt von Einrichtungen des betreuten Altenwohnens und das Unternehmen sei in anderen Städten nachweislich erfolgreich.

Stv. Stracke meint, die Politik sei nur für die Planungen zuständig und nicht für das operative Geschäft, müsse sich demgemäß auch nicht die Gedanken eines Unternehmers machen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit 7 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

7./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2009 Vorlage: 23/025/2008

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„1) Die Dringlichkeitsentscheidung vom 06.01.2009 über die Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen - innerhalb des von der östlichen Stadtgebietsgrenze und den Straßen Vohwinkeler Straße - Iserkull - Obgruiten - Stropmütze - Gruitener Straße - Elberfelder Straße - Alleestraße - Kampstraße - Am Ideck - Walder Straße umrissenen Gebietes - am Sonntag, dem 01.02.2009, zwischen 13.00 und 18.00 Uhr (s. Anlage 2, 3) wird genehmigt.

2) Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2009 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.“

**8./ Einrichtung einer Mensa und Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum Walder Straße hier: Vorstellung der Planung
Vorlage: 65/010/2008**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert berichtet, die Stadt Haan könne nach dem jetzt vorliegenden Informationen mit einem Betrag in Höhe von 2,1 Mio. € aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung rechnen. Noch gebe es aber insbesondere in Bezug auf den tatsächlichen Verteilungsschlüssel einige Unklarheiten. Daher empfehle er, die Entscheidung noch zwei weitere Wochen bis zur Sitzung des Rates zu schieben, in der Hoffnung dann mehr Klarheit zu haben.

Stv. Dr. Gräßler fragt, ob die Verwaltung der Politik eine Aufstellung zulassen können könne, in welcher die durchschnittlichen Investitionskosten der letzten 3 Jahre aufgeführt seien.

Bgm. vom Bovert teilt mit, die Kämmerei sei derzeit völlig ausgelastet mit der Erstellung des Haushaltes und bittet daher nicht um zusätzlich belastende Aufgaben.

Information der Verwaltung: Aus einer Pressemitteilung der CDU-Landtagsabgeordneten für den Kreis Mettmann geht hervor, dass der Bund vorgegeben habe, dass die Durchschnittssumme der Investitionen der Kommunen in 2009 und 2010 über den Durchschnittsinvestitionen der Jahre 2006-2008 liegen müsse.

Einvernehmlich ergeht die Bekundung, eine Entscheidung erst in der kommenden Sitzung des Rates zu treffen.

**9./ PCB-Belastung Gymnasium Adlerstraße - Sachstandsbericht und Einstieg
in ein Handlungskonzept
Vorlage: 65/015/2009**

Protokoll:

Stv. Pohler bedauert das späte Vorlegen der Vorlage und betrachtet dies als Einbringung, die im Fachausschuss eingehend zu beraten sein wird.

Die Verwaltung stellt hierzu Einvernehmen fest.

**10./ Ganztagsoffensive
Vorlage: 40/011/2009**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- „1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen
2. Für die im Rahmen der Ganztagsoffensive notwendige pädagogische Übermittag-

betreuung wird im Haushaltsjahr 2009, Erhalt von Landesmitteln vorausgesetzt, ein über diese Mittel hinausgehender Eigenanteil in Höhe von maximal 29.400 € zur Verfügung gestellt.

Zwecks Refinanzierung des Eigenanteils wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vertretern/innen der Schulen ein sozial verträgliches finanzielles Konzept zur Festlegung eines Elternbeitrages zu entwickeln.“

10. Ganztagsoffensive

1./ Entgeltordnung für die Teilnahme an außerschulischen Betreuungsangeboten in der Sekundarstufe I **Vorlage: 40/014/2009**

Protokoll:

Stv. Drennhaus fragt, ob es in den Schulen zu einer Verzögerung bei der Anmeldung gekommen sei.

Bgo. Formella erläutert, die Entscheidungsprozesse seien erst im Januar möglich gewesen. Eltern und Schulen seien jedoch immer informiert gewesen, eine Anmeldung ist nun rückwirkend zum 01.02.09 möglich. Die Verwaltung habe nach ihrer Maxime gehandelt und die Elternbeiträge aus sozialen Gesichtspunkten niedrig gehalten. Diese sollen weiter fortbestehen.

Stv. Goetze möchte wissen, ob dieses neue Angebot teurer als das bisherige Programm „13 plus“ sei.

Bgo. Formella erklärt, die Eltern zahlten weniger als bisher und es gebe andere Förderstrukturen. Haan befinde sich mit seinen Beiträgen im Vergleich zu den anderen Städten in einer Vorreiterrolle.

Stv. Dr. Gräßler dankt der Verwaltung auch im Namen vieler Eltern, die erleichtert seien, dass die Stadt vorübergehend die Trägerschaft übernommen habe und damit den Betrieb sichere.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) in ihrer z. Zt.

geltenden Fassung wird die Satzung über die Erhebung von Entgelten im Rahmen der „nachschulischen Betreuung von Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I“ entsprechend der Anlage I zu Sitzungsvorlage 40/014/2009 beschlossen.“

11./ Praktikums- und Lernpartnerbörse (P-u-L)
Antrag zur Finanzierung eines Supervisors
Vorlage: 40/009/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Auf Antrag der Praktikums- und Lernpartnerbörse (P-u-L) e.V. werden im Jahr 2009 für die im Bereich der Jungenpädagogik durchzuführenden Supervision Haushaltsmittel in Höhe von 3.000 € bereit gestellt.“

11. Einführung neuer Tarife im Hallenbad "Alter Kirchplatz"
1./ Vorlage: 40/012/2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Die Tarifordnung des Hallenbades „Alter Kirchplatz“ wird mit Wirkung vom 01.03.2009 entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage um die Einführung eines Ferien – und Wochenendtarifes für Inhaber der Familienkarte sowie eines Nachmittags-Tarifes für alle Besucher/innen des Hallenbades ergänzt.“

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. vom Bover verliest die Anfrage der **Stv. Wollmann** (Anlage 1).

Bgo. Buckesfeld erläutert, es sei Beschlusslage des PIUVA die Grünflächen im Kreisverkehr an der Nordstraße umzugestalten. Diese werde im Herbst starten und beinhalte auch die Fällung der Zierkirschen. Um eine andere Beschlusslage zu erhalten sei eine entsprechende Antragstellung und Ratsentscheidung erforderlich.

Auf weitere Nachfrage der **Stv. Wollmann** sagt **Bgo. Buckesfeld** zu, die konkrete Planung im PIUVA vorzustellen.

Bgm. vom Bover erwähnt in diesem Zusammenhang auch die gerodeten Haselnusssträucher am Ortseingang Gruiten, die immer wieder nachgewachsen seien und mit hohem Pflegeaufwand durch den Betriebshof gepflegt werden müssen. Durch Rodung der Haselnusssträucher sei auch der Blick von der Durchgangsstraße auf Gruiten-Dorf wieder möglich.

Stv. Stracke möchte wissen, warum die Bäume an der Landstr. gefällt worden seien.

Bgo. Buckesfeld erklärt, die Fläche gehöre dem RWE, der aus Sicherheitsgründen einen radikalen Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern unterhalb der Hochspannungsmasten vorgenommen habe.

Stv. Stracke regt an, derartige Maßnahmen im Vorfeld über die Presse zu publizieren.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.